

Wohin mit dem Atommüll? Forderungen des BUND zur Suche eines Atommüll-Endlagers in Deutschland

Stand: 16. September 2009

Wohin mit Deutschlands Atommüll? Nach Meinung des BUND muss es darum gehen, auf Grundlage wissenschaftlicher Kriterien und mit einer umfangreichen Beteiligung der Öffentlichkeit das vergleichsweise beste Atommüllendlager in Deutschland zu suchen. Grundvoraussetzung ist die Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland.

Endlagersuche bisher erfolglos

Sowohl das DDR-Atommülllager bei Morsleben in Sachsen-Anhalt als auch das niedersächsische Versuchsendlager in Asse bei Wolfenbüttel – beide befinden sich in unterirdischen ehemaligen Salzbergwerken – erwiesen sich als nicht geeignet. In Morsleben zeigte sich dies auf dramatische Weise: 1998, wenige Wochen nach einem Gerichtsbeschluss, der die weitere Einlagerung radioaktiver Abfälle stoppte, löste sich ein 2000 Tonnen schwerer Gesteinsbrocken aus dem Deckgebirge über dem Salzstock und stürzte in einen Hohlraum des Bergwerks. Rein zufällig lagerte direkt unter dem herabstürzenden Gestein kein Atommüll. Kurz nach diesem Vorfall wurde die endgültige Stilllegung des Atommülllagers bei Morsleben verfügt, von dem dort bereits eingelagerten Strahlenabfall gehen jedoch noch lange Zeit große Gefahren aus.

Schacht Konrad und Gorleben sind ungeeignet

Seit Jahrzehnten wird um zwei weitere Standorte in Niedersachsen gerungen: Konrad bei Salzgitter sowie Gorleben. Im Frühjahr 2006 erlaubte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, die frühere Eisenerzgrube Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll zu nutzen. Die fehlende Langzeitsicherheit des Schachtes wurde in dem Urteil ausgeklammert. Darüber hinaus wurde den Klägern keine Revisionsmöglichkeit gegen das Urteil eingeräumt. Mehrere Kläger versuchen derzeit, eine Revisionszulassung zu erreichen. Darüber muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Nach Angaben des Umweltministeriums könnte Konrad nach sechs Jahren Umbauzeit in Betrieb genommen werden. Der BUND fordert, dass Schacht Konrad keinesfalls als Endlager akzeptiert wird, da es ohne vorher festgelegte wissenschaftliche Kriterien und ohne vergleichendes Verfahren genehmigt wurde.

Der größte Streit in der Endlager-Debatte dreht sich nach wie vor um Gorleben. Insbesondere die Betreiber der Atomkraftwerke, aber auch Teile der Politik setzen darauf, dass die Endlagersuche schließlich auf diesen Standort hinausläuft. Diese Präferenz hat wirtschaftliche

und praktische Motive. Zum einen wurden in Gorleben schon erhebliche Summen investiert. Zum anderen befindet sich hier bereits ein Großteil des hochradioaktiven Mülls aus deutschen AKW – eingeschlossen in Castor-Behältern in der oberirdischen Zwischenlagerhalle. Unter Sicherheitsaspekten ist ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Gorleben inakzeptabel: Geologische Gutachten verweisen auf ein unzureichendes Deckgebirge und Verbindungen zum Grundwasser. Derzeit gilt für das Lager in Gorleben ein Baustopp; dieses Moratorium kann jedoch jederzeit aufgehoben werden. Nach den jüngsten Enthüllungen über eine politisch motivierte Standortauswahl und geschönte Gutachten ist der Standort Gorleben aus Sicht des BUND politisch tot.

BUND Handlungsprogramm für die Endlagersuche

Niemand kann garantieren, dass der gefundene Standort für einen Zeitraum von einer Million Jahre sicher ist. Es geht allein darum, den vergleichsweise am wenigsten gefährlichen Ort zu finden. Und selbst wenn er gefunden wurde, führt kein Weg am schnellen Ausstieg aus der Atomkraft vorbei. Nur so lassen sich die zusätzlich entstehenden Atommüllmengen begrenzen, die wir nachfolgenden Generationen hinterlassen.

1. Atomausstieg vor Genehmigung eines Endlagers

Dies ist eine entscheidende Bedingung für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Endlager, das den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ermöglicht und so die Atommüllberge weiter wachsen lässt, ist nicht akzeptabel und wird überall auf Widerstand stoßen. Die Genehmigung eines konkreten Endlager-Standes darf erst dann erfolgen, wenn der Atomausstieg vollzogen ist.

2. Mit der vergleichenden Endlagersuche neu beginnen

Die Endlagersuche muss neu beginnen. Sie muss nach vorher festgelegten wissenschaftlichen Kriterien erfolgen und mehrere Standorte vergleichen. Die Entscheidung kann letztlich nur nach einem unterirdischen Vergleich getroffen werden. Radioaktiver Abfall, der in Deutschland produziert wurde, gehört in ein deutsches Endlager. Es ist keine Lösung, Atommüll ins Ausland zu exportieren. Auch, um diesen Diskussionen endlich den Riegel vorzuschieben, ist eine ernsthafte Endlagersuche in Deutschland mehr als überfällig.

3. Ein Endlager für den gesamten Atommüll – Schacht Konrad nicht in Betrieb nehmen

Der BUND fordert, dass nur *ein* Endlager zur Aufnahme des gesamten Atommülls (sowohl schwach-, wie auch mittel- und hochradioaktiv) errichtet wird.

4. Endlagerung in tiefen geologischen Schichten

Die Endlagerung sollte in tiefen geologischen Formationen erfolgen, welche die maßgeblichen Langzeitbarrieren bilden. Als Strahlenschutzziel muss mindestens gelten: Radioaktive Stoffe müssen für mindestens eine Mio. Jahre sicher von der Biosphäre abgeschlossen sein.

5. Breite Öffentlichkeitsbeteiligung

Neben den geo-wissenschaftlichen Aspekten müssen jedoch auch sozialwissenschaftliche Kriterien wie Akzeptanz und Bevölkerungsdichte berücksichtigt werden. Und die Öffentlichkeit muss am gesamten Genehmigungsverfahren beteiligt werden.

6. Die Kosten tragen die AKW-Betreiber

Alle Kosten für die Endlagersuche müssen die Betreiber der Atomkraftwerke tragen. Dies muss auch für die aufwändige vergleichende Standortsuche mit Öffentlichkeitsbeteiligung gelten. Die Betreiber haben jahrzehntlang viel Geld mit ihren Atomkraftwerken verdient. Jetzt müssen sie auch dafür aufkommen, dass ein Endlager für den Strahlenmüll gefunden wird, von dem die wenigsten Gefahren ausgehen.

7. Die Kontrolle liegt beim Staat

Die Suche nach dem Standort, dessen Genehmigung und die Öffentlichkeitsbeteiligung sind staatliche Aufgaben. Dazu sollte eine öffentliche Institution geschaffen werden, die von einem unabhängigen Gremium kontrolliert wird.

Kontakt und weitere Informationen:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Thorben Becker

Teamleiter Klimaschutz

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/2 75 86-421

thorben.becker@bund.net

www.bund.net